

# Ein Plädoyer für die Vergesellschaftung der Energieriesen RWE, E.ON & Co.

Dieses Papier soll die verschiedenen Argumentationen zur Vergesellschaftung der Energieriesen RWE, E.ON, EnBW und Vattenfall zusammenfassen und die Strategie des Landesverbandes NRW der DIE LINKE.NRW schärfer konturieren ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben. Naturgemäß konzentriert sich der Autor hier auf RWE und E.ON, beide Unternehmen sind in NRW ansässig.

Die Ausgangssituation ist allerdings:

- Eine Vergesellschaftung dieser Konzerne ist bisher noch nicht auf der Tagesordnung,
- aus der immer wieder in Umfragen deutlich werdenden Meinungsmehrheit muss erst noch eine politisch handelnde Mehrheit werden und
- wir müssen an einem Bürgerbündnis schmieden, dass sich genau diese Vergesellschaftung auf die Fahnen schreibt.

Ansatzpunkte dafür sind vorhanden:

Es gibt Organisationen, wie Bayer-coordination oder Bertelsmann-Kritiker, die die allerbesten Zielsetzungen haben. Sie alle haben sich zur Aufgabe gesetzt, diese Konzerne unter die Lupe zu nehmen, sie zu kritisieren, und unter Druck zu setzen, wenn sie mit den Beschäftigten, den Menschenrechten und der Umwelt Schindluder treiben. Das ist der Beginn einer erfolgreichen Strategie, um die Herrschaft dieser Konzerne zu delegitimieren.

Der entscheidende Punkt, sie zu demokratisieren, zu vergesellschaften, steht aber noch bevor.

Es ist nicht nur wünschenswert, sondern zwingend geboten, RWE und E.ON zu vergesellschaften und die Grundlage für ihre Geschäfte zu ändern.

Andernfalls werden uns die Energieriesen weiter die Strompreise diktieren, fossile Energien verbrennen und die Atmosphäre unseres Planeten schädigen, zum Nachteil von Millionen Klimaflüchtlingen, zum Nachteil der Menschen, die von einem funktionierenden Ökosystem Meer abhängig sind und durch die Meereseerwärmung in ihrer Existenz bedroht sind, zum Nachteil der Natur und zum Nachteil von Millionen VerbraucherInnen, die durch überhöhte Preise geschädigt werden, zum Nachteil der Konzernbeschäftigten, die durch Leistungsdruck und zunehmende Rationalisierung und den Wegfall von Arbeitsplätzen unter Druck geraten.

## Im Einzelnen

### **I. Die Legitimation der Energiekonzerne schwindet**

Die Delegitimierung von RWE & Co. ist weit fortgeschritten. Sie haben sich durch diverse Skandale bei der Endlagerung von Atommüll, aber auch durch den geplanten

Neubau von Kohlekraftwerken selbst in eine unkomfortable Lage gebracht. Dies haben sie auch erkannt.

Nicht umsonst haben sie unter der Federführung der Münchener Rückversicherungsgesellschaft mit desertec einen Befreiungsschlag versucht. Desertec plädiert für ein technisch machbares Wüstenstromprojekt, das mit Hunderten Solarkraftwerken in der Sahara Strom produzieren soll und diesen dann in großen Mengen und verlustarm über Gleichstromleitungen nach Europa transportiert. Dieser Befreiungsschlag mag für die Energieriesen ein medialer Erfolg sein, den sie dringend benötigen. Und immerhin: Er ist ein Eingeständnis, dass eine weitere CO<sub>2</sub> Erwärmung der Erdatmosphäre unverantwortlich wäre. Die damit eigentlich notwendige Erkenntnis, dass die Verantwortlichen für die bisherige Aufheizung hierfür im Grunde vor Gericht gehören, jedenfalls nicht mehr an die Schalthebeln der ökonomischen Macht in den Konzernzentralen, wird in Konzernmedien – nachvollziehbar - nicht diskutiert.

Aber eines macht desertec uns dennoch deutlich, dass es keine reine ‚grüne‘ Frage oder gar Lösung der Ökonomie geben kann. Denn desertec ist nichts anderes als Ökoimperialismus der nächsthöheren Stufe: Statt mit monopolistischen Strukturen CO<sub>2</sub> Dreckschleudern zu betreiben, sollen es jetzt CO<sub>2</sub> freie Kraftwerke sein – mit monopolistischen Strukturen, die unangetastet bleiben sollen. Zu welchen Konsequenzen das technisch durchaus machbare Projekt für die Sahara-Länder führen kann, ist das nächste Thema. Welchen Vorteil hätten diese Länder? Würden diese Konzerne nicht auch dort die Politik diktieren, so wie sie es hier zurzeit tun? Sicher würden sie das. Weil Konzernmacht eben ist, wie sie ist. Sie kann sich nicht ändern. Sie kann ihre Produktion modifizieren, und diese für das Klima etwas erträglicher gestalten, aber die Machtstrukturen bleiben bestehen – wenn es nach den Energiekonzernen geht. Man muss sich die Dimensionen vorstellen, was desertec für die Politik bedeuten würde: Die jetzt schon riesigen Konzerne würden noch größer und mächtiger. Sie würden buchstäblich die Hand am Drücker haben. Wenn sie den Daumen senken, könnten sie den Strom abstellen – oder sie liefern ihn zu ihren Bedingungen. Auch das bedeutet desertec. Im Grunde ist es ein anderes Wort für Weltherrschaft der Energie-Dinosaurier im Solarzeitalter.

Wir sollten dies nicht zulassen. Aus diesem Grunde plädiert DIE LINKE.NRW für einen weiteren Ausbau der dezentralen Energie – mit Solarmodulen auf Hausdächern, in kleinen dezentralen Windparks. Das wird die Herrschaft der Energiekonzerne auf lange Frist beenden. Diese zukünftige Energie-Autarkie wollen die Monopole natürlich verhindern – bildet sich doch hierbei ein wichtiges ökonomisches Fundament für eine zukünftige demokratischere und sozialere Gesellschaft heraus.

Top-Manager, die sich durch den Betrieb von Atom- und Kohlekraftwerken an der Umwelt und bereits jetzt Millionen Klimaflüchtlingen versündigt haben, dürfen wir zukünftig die Kontrolle der Energiekonzerne nicht mehr anvertrauen. Hier ist ein demokratisch legitimierter Personalwechsel geboten.

## II. Der Ausstieg aus der Kohlenstoffenergieproduktion ist nötig

Ist eine Energiewende ohne Entmachtung der Konzerne machbar? Eng damit verknüpft ist die Frage, welche Energiepolitik diese Konzerne machen.

Bezüglich der ökologischen – insbesondere der Klimafrage - ist der Umstieg auf die kohlenstofffreie Energieproduktion eine Überlebensfrage der Menschheit. Noch nie in der Geschichte der Menschheit war der Anteil des Klimagases CO<sup>2</sup> so hoch wie heute. Der Anteil des Klimagases Kohlendioxid, CO<sup>2</sup> beträgt zur Zeit 384 ppm (parts per million, Volumenanteile). Zu Beginn der Industrialisierung vor 200 Jahren betrug er ca. 278 ppm, das entspricht einer Steigerung von fast 40% (!). Dies konnte man aus alten Lufteinschlüssen im Eis messen. Bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts in den letzten 800.000 Jahren überstieg der CO<sup>2</sup>-Anteil nie den Wert von 300 ppm! Diese Zahlen wurden von der US-Amerikanischen Geophysikalischen Union Ende 07 vorgestellt.

Kaum vorstellbar, was geschieht, wenn wir so weiter wirtschaften wie bisher und welche einzigartigen Konsequenzen sich daraus ergäben. Als absolut höchsten Schwellenwert betrachten viele Wissenschaftler heute einen Wert von 450 ppm. Dem entspräche eine Obergrenze der erlaubten globalen Erwärmung auf weitere 2 Grad Celsius, 0,6 Grad Celsius sind bereits erreicht. Allerdings ist auch dieser zunehmend umstritten: Zunehmend werden Stimmen lauter, die die Grenze von 2 Grad Celsius für noch zu hoch halten.

Darüber hinaus, so vermuten die Experten einhellig, kippen ganze Systeme unumkehrbar: Dürren, Stürme von nie dagewesener Stärke, Überschwemmungen, Abschmelzen der Gletscher und der Polarkappen mit weiteren sich verstärkenden Erwärmungseffekten durch die geringere Albedo (Die auf die Erdoberfläche einfallende Globalstrahlung wird von den Objekten jeweils zum Teil aufgenommen - absorbiert-, zurückgestrahlt - reflektiert - und durchgelassen -transmittiert-, je weißer ein Objekt, desto mehr Reflektionsfähigkeit, je dunkler, desto weniger) und die gegenüber dem ‚ewigen Eis‘ dunklere Meeresoberfläche und damit weitere höhere Aufheizkapazitäten der Meere und der Erdatmosphäre, vgl. dazu ausführlich Pomrehn in Lunapark 21, Heft 1/09 Seite 20ff. Die Folgen für die Menschheit: Ernteauffälle und die damit einhergehende Verteuerung von Lebensmitteln, Verschärfung des Artensterbens, Zunahmen von Krankheiten durch die Ausbreitung von Erregern, Wirtschaftskrisen, Umweltkatastrophen vgl. den Stern-Report (Wikipedia.de), mit allen (un-) vorstellbaren Folgen für die Menschheit.

Im Abschlussbericht des Wissenschaftlichen Zentrums für Umweltsystemforschung der Universität Kassel im Auftrag des Umweltbundesamtes aus dem Jahre 2004 wird eine drastische Senkung nur dann als erreichbar betrachtet, wenn die globalen Emissionen gegen Ende des Jahrhunderts auf einen Bruchteil der heutigen Emissionen heruntergefahren werden.

Um zumindest eine Stabilisierung bei 450 ppm CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre zu erreichen, dürfen demnach die globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen aus dem Energie- und dem Industriesektor zwar bis zum Jahr 2020 auf 8.5 Gigatonnen Kohlenstoff pro Jahr (=140% relativ zu 1990) ansteigen, müssten dann aber bis 2100 auf ungefähr die Hälfte (57%) der Emissionen des Jahres 1990 reduziert werden.

Beurteilt man den Wert von 2 Grad Celsius Klimaerwärmung allerdings als zu hoch, müssen selbst diese Zahlen drastisch weiter nach unten korrigiert werden.

Die Klimaerwärmung gefährdet das Überleben der Menschheit und des gesamten Planeten. Die ‚Großen 4‘ (RWE, E.ON, Vattenfall, ENBW) sind mitursächlich dafür und lassen von ihrem zerstörerischen Treiben nicht ab. Sie planen neue Kohlekraftwerke und würden damit alleine in der Bundesrepublik ca. 130 Mio. Jahrestonnen an CO<sup>2</sup> Emissionen produzieren! Und das, obwohl die Faktenlage keinen Zweifel an der Schädlichkeit dieser Energiepolitik mehr aufkommen lässt. Solange sich mit den fossilen Energien so hervorragend Geld verdienen lässt, wird sich daran jedoch im Grundsatz nichts ändern.

Allerdings gibt es zunehmend Rückschläge für die Energieriesen. Erst kürzlich wurde das bereits im Bau befindliche Großkraftwerk Datteln gestoppt, weil das Obergericht Münster den örtlichen Bebauungsplan wegen zahlreicher Mängel aufhob. E.ON aber will weiterklagen. So als ob es keine Klimaerwärmung geben würde, keine erneuerbaren Energien möglich wären. Auch zuvor schon mussten die Energiekonzerne zahlreiche Rückschläge für ihre geplanten Kohlemeiler hinnehmen. Bürgerinitiativen und Umweltverbände erhöhen den politischen Druck sehr erfolgreich. Sie wahren mit ihrem Widerstand die Interessen der Allgemeinheit, nicht die der Konzerne. Viel zu lange sind die Profitinteressen der Energieriesen mit dem Gemeinwohlinteresse gleichgesetzt worden. In letzter Zeit aber scheint auch in der Justiz ein Umdenken stattzufinden.

### **III. Gesundheitsrisiken um die AKW's steigen**

In der Umgebung von Atomkraftwerken häufen sich die Leukämieerkrankungen von Kindern.

In der Ärztezeitung.de vom 12.7.07 wird berichtet, die Studie habe ergeben, dass die Häufigkeit von Leukämien bei Kindern unter fünf Jahren mit der Nähe zum Reaktorstandort steigt. Im Umkreis von fünf Kilometern um die Reaktoren sei für die Zeit von 1980 bis 2003 ermittelt worden, dass 77 Kinder an Krebs, davon 37 an Leukämie, erkrankt waren. Im statistischen Durchschnitt wären 48 Krebserkrankungen und dabei 17 Leukämiefälle zu erwarten gewesen, zitiert die Ärztezeitung das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS).

Trocken berichtet die Zeitung weiter, dass überraschend sei, dass das Risiko für Leukämien umso größer ist, je näher die Kinder am Reaktor wohnen. Das Ergebnis sei nicht plausibel mit den tatsächlichen Ableitungen aus den Reaktoren erklärbar, zitiert die Online-Zeitung das BfS weiter.

Statt die AKW's vom Netz zu nehmen, laufen sie weiter und die Energieriesen wollen mit Hilfe der Bundesregierung eine Laufzeitverlängerung durchsetzen. Generös bieten sie einen Großteil der Erlöse – RWE spricht von bis zu 50% - für die Förderung von Erneuerbaren Energien an. Nicht die Politik entscheidet, sondern der Chef des multinationalen Konzerns selbst.

So klingt Selbstgefälligkeit, so klingt Selbstherrlichkeit. Buchstäblich soll also ein Ablasshandel stattfinden: die Leukämiefälle sollen von der Politik hingenommen werden und für das schlechte Gewissen gibt es dann angeblich eine generöse Förderung der Alternativenenergien – nach Gutsherrenart. Dass die Atomkraft selbst ein großes Hindernis für die Stärkung der Erneuerbaren Energien ist, lässt man heimlich und leise dann unter den Tisch fallen. Und dass man auch darauf wetten kann, dass das RWE nichts verschenkt – wer wollte dies bestreiten?

#### **IV. Endlagerungsproblem ist nicht gelöst**

In den Salzstöcken Asse wurde schwach- und mittelradioaktiver Atom Müll eingelagert und in Morsleben hochradioaktiver Müll. Entgegen aller Kritik aus der Wissenschaft setzte die Politik – vor allem die frühere Bundesumweltministerin Merkel – durch, dass atomarer Müll in Morsleben weiter gelagert wurde. Angeblich sollte er dort für immer unter Verschluss gehalten werden können. Stattdessen gibt es in den Stollen nun schon zwei Jahrzehnte nach der Inbetriebnahme Deckeneinstürze und Wassereintritte. Niemand weiß, ob dort nicht großflächig das Grundwasser verseucht wird. Die Energiekonzerne ficht das jedoch nicht an, sie wollen eine Laufzeitverlängerung der AKW vorantreiben, und mit jedem weiteren Tag produzieren sie hochradioaktiven Atom Müll. Und das atomare Zwischenlager Gorleben soll weiter als Endlager genutzt werden – trotz der Bedenken aus der Wissenschaft, dass auch dort keine sichere Lagerung möglich ist.

Es gibt angesichts dieses Desasters nur eine Konsequenz: die sofortige Stilllegung aller AKW.

Sieht man dieses Gesamtbild, wird offenkundig, dass die Kritik aus der herrschenden Politik am Landtagswahlprogramm unserer Partei unglaubwürdig ist. NRW-MP Rüttgers behauptet sogar, unser Landesverband stünde nicht auf dem Boden des Grundgesetzes Besser sollte man fragen, wo er steht. Umgekehrt stimmt die Sache: Eine Politik ist äußerst fragwürdig, die solche Zustände wie durch große Konzerne wie RWE und E.ON herbeigeführt, unterstützt, toleriert und so gut wie nichts dagegen unternimmt. Wir wissen: Eine Partei jedoch, die sich zum Ziel gesetzt hat, derlei Missstände zu beenden, steht sehr wohl auf dem Boden der Verfassung. Die Landesverfassung gebietet es, dem Monopolmissbrauch durch Vergesellschaftung entgegenzutreten. Was soll also am politischen Programm unserer Partei rechtswidrig sein?

#### **V. Stromexporte nehmen zu – Stromengpässe sind ein Märchen**

RWE und E.ON gaben kürzlich eine Studie bei der Deutschen Energieagentur in Auftrag, die pflichtgemäß feststellte: Engpässe seien bei der Stromversorgung angesichts der vorgesehenen Abschaltung von AKW und dem Widerstand gegen die Kohlekraftwerke zu erwarten. Umweltverbände und Umweltbundesamt haben die Studie scharf kritisiert.

Sie entspricht zwar den politischen Absichten der Energieriesen, hat aber mit der Wirklichkeit kaum etwas zu tun. In Wahrheit exportiert unser Land Strom – entgegen allen Märchen. Und niemand bemerkte etwas von einer ‚Stromlücke‘, als zahlreiche

AKW's wegen Pannen abgeschaltet wurden. Genauer gesagt hat in den vergangenen zwölf Monaten mehrfach fast die Hälfte der deutschen AKW stillgestanden, ohne daß es zu Versorgungsengpässen gekommen wäre.

Am 9.2.08 berichtete die online Ausgabe der taz, dass seit fünf Jahren der deutsche Stromexport deutlich über den Importmengen liegt. Und trotz der bereits abgeschalteten Meiler Stade und Obrigheim erreichte Deutschland in den Jahren 2006 und 2007 den höchsten Stromexportüberschuss seiner Geschichte. Wolfram König, Präsident des Bundesamts für Strahlenschutz (BfS), wird in der Ausgabe mit den Worten zitiert, es habe sich "im Jahr 2007 so viel Erzeugungskapazität als verzichtbar erwiesen, wie durch den Atomausstieg bis 2012 wegfallen wird". Und das sind immerhin sechs Reaktoren, so die taz weiter.

Die Herren der Energiekonzerne wollen allerdings so weitermachen wie bisher, sie ignorieren die ökologischen Gefahren der Atomkraft.

## **VI. Stromkunden betrogen?**

Der Bund der Energieverbraucher erhebt massive Vorwürfe gegen RWE und E.ON. Hauptvorwurf: Beide Konzerne hätten Strompreise manipuliert und die VerbraucherInnen um insgesamt 13 Milliarden Euro (!) geschädigt. Die Strafanzeige, die bei den Staatsanwaltschaften Düsseldorf und Essen einging, basiert auf einem Gutachten des Strafrechtsprofessors Jahn der Uni Erlangen-Nürnberg. Durch Manipulationen der beiden Konzerne an der Leipziger Strombörse alleine im Jahre 2007 (!) seien von E.ON 3,5 Milliarden Euro zu Unrecht kassiert worden, zudem hätten die Stromkunden ein Anrecht auf Erstattung. In diesem Gutachten wird auch auf Ermittlungen des Bundeskartellamts als auch der EU-Kommission Bezug genommen. Durch einen Deal mit der EU-Kommission (Verkauf von 10% der Kraftwerkskapazitäten des Hochspannungsnetzes) konnte E.ON jedoch ein milliardenschweres Bußgeldverfahren vermeiden.

Das Bundeskartellamt hält die Strompreise ebenfalls für erhöht. Der Bund der Energieverbraucher spricht von einigen Cent Herstellungskosten, wohingegen die Endkunden deutlich mehr zahlen müssten.

Prof. Jahn jedenfalls sieht einen strafrechtlichen ‚Anfangsverdacht‘. Bleibt abzuwarten, ob es ein ernsthaftes Verfahren gibt.

Auch hier gilt: Derartiges wäre in einem vergesellschafteten öffentlich-rechtlichen Energiekonzern nicht denkbar, wenn und weil dort Transparenz und Gemeinwohlinteresse die Unternehmenspolitik bestimmen.

Aus welchem Grund will wohl die SPD über eine Vergesellschaftung der Energieriesen nicht sprechen? Nach Presseberichten hat NRW-SPD - Generalsekretär

Groschek klargemacht, dass eine Verstaatlichung mit der SPD nicht zu machen sei. Warum eigentlich nicht? Bei bankrotten Banken und hochverschuldeten Großaktionären war dies offenbar kein Problem. Bei sprudelnden Gewinnen von Energiekonzernen, die der Allgemeinheit glänzende Einnahmequellen verschaffen würden, soll dies aber undenkbar sein? Erhebt die SPD die bisherige Praxis, wonach

nur Schulden sozialisiert werden dürfen und Gewinne privatisiert, zum Dogma, welches über der gültigen Landesverfassung und dem Grundgesetz stünde? Vielleicht ist solch eine Verweigerungshaltung der SPD ja ein Grund für den Niedergang der deutschen Sozialdemokratie.

## VII. Gewinnsituation der Großen 4

Mit diesen oben nur in Teilen dokumentierten Machenschaften verdienen die beiden Energieriesen sich eine goldene Nase – zu Lasten der Allgemeinheit.

Schauen wir uns mal die Finanzlage von RWE und E.ON an. Hier einige Fakten.

Nach den Daten des Instituts für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V., (isw) wirtschftsinfo Juni 2009 Nr.42 S. 16f stellt sich die Finanzlage der Großen 4 Energiekonzerne wie folgt dar.

Profite der Stromkonzerne nach Steuern 2002- 2007 in Mrd. € (Quelle ebenda)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
E.ON	2,78	4,65	4,34	7,41	6,08	7,72
RWE	1,05	0,95	2,14	2,23	3,85	2,66
EnBW	0,28	-1,19	0,13	0,52	1,11	1,42
Vattenfall	0,21	-0,13	0,27	0,73	0,93	1,10
Summe	4,32	4,28	7,06	10,89	11,97	12,90

Prof. Leprich von der TU Saarbrücken spricht von 100 Milliarden vor Steuern, wenn 2008 dazugezählt wird. 85% der Gewinne fallen auf – RWE und E.ON. Die Studie benennt als wesentlichen Grund der Superprofite – wen wundert's - die steigenden Strompreise; zwischen 2000 bis 2008 gab es 51% (!) Preissteigerungen.

Laut isw schütten die Energieriesen die Hälfte dieser Beträge an die Aktionäre aus. Mit dem Rest werden Aktien zurückgekauft, um den Kurs zu pflegen, oder Übernahmeschlachten im Ausland finanziert.

RWE hat laut isw 2003/3 für 27 Milliarden € ausländische Firmen gekauft und verfügt heute über 328 Auslandstöchter. Ende 08 verfügte RWE über 2,6 Milliarden € liquide Mittel und 6,6 Milliarden € kurzfristig veräußerbare Wertpapiere.

E.ON wendete über 30 Milliarden für den Kauf von Firmen im Ausland und besitzt 379 Auslandstöchter .

Das isw befürchtet, dass vier bis sechs Stromriesen in wenigen Jahren den gesamten europäischen Markt unter sich aufgeteilt haben.

Wer wollte bei diesen Zahlen ernsthaft behaupten, man käme mit einigen Reförmchen, Auflagen oder sonstiger Schminke substantiell weiter, um diese gewaltige Marktmacht zu zähmen? Sie ist nicht zähmbar, wenn das Privateigentum an monopolistischen Produktionsmitteln nicht angetastet wird.

Alleine für RWE und E.ON ergeben sich im Jahresdurchschnitt 05 bis 07 Profite nach Steuern in Höhe von ca. 10 Milliarden €. Mit diesem Geld ließe sich eine ganze Menge finanzieren. Z.B. die kompletten Zinszahlungen des Landes NRW für seine Staatsschulden. Und übrig bleiben würde auch noch einiges, um bitter nötige Sozialausgaben zu finanzieren.

### **VIII. Haushalts- und Finanzlage in Nordrhein-Westfalen**

Ganz im Gegensatz zu diesen goldenen Bilanzen nun die Zahlen und die Finanzlage unseres Bundeslandes.

Nach Vorlage der Finanzplanung 2009 – 2013 des Finanzministeriums NRW schätzt der Internationale Währungsfonds den Rückgang der Weltwirtschaft im Jahre 09 auf ca. 1,3%. In Deutschland schrumpfte die Wirtschaft und das damit verbundene Steueraufkommen im Vergleich zum Vorjahr um knapp 6%.

NRW folgt dem Bundestrend, denn hier wird ein Rückgang des Bruttoinlandsproduktes ebenfalls um 6,0 % vermeldet. Im Juni 09 waren 811 500 Menschen arbeitslos gemeldet in NRW, dies entspricht 9%, für 2009/2010 muss leider mit einer weiteren Verschlechterung gerechnet werden.

Mit den Ausgaben der Konjunkturpakete I und II muss ebenfalls mit einem höheren Defizit über die magische 3% Marke von Maastricht auf knapp. 6% gerechnet werden.

Das Haushaltsvolumen beträgt für das Jahr 2010 ca. 53,26 Mrd. € und sinkt damit gegenüber 2009 um 2 Mrd. €. Die Steuereinnahmen werden 2010 mit 37,2 Mrd. € angesetzt, 2009 waren es noch 38,7 Mrd. €.

Die Nettoneuverschuldung des Landeshaushaltes NRW 2009 beträgt ca. 5,6 Mrd. €, für das Jahr 2010 sind ca. 6,6 Mrd. € zu erwarten.

Der Bericht spricht ursächlich von Steuermindereinnahmen (konjunkturell und durch Steuerrechtsänderungen verursacht) und verbrämt damit die Steuersenkungen für Reiche und Konzerne, die zu riesigen Steuerausfällen für die öffentlichen Haushalte geführt haben. Diese Steuermindereinnahmen werden sich nach Einschätzung im mittelfristigen Finanzplan bis 2013 fortsetzen. Die Steuermindereinnahmen gegenüber der letzten mittelfristigen Finanzplanung belaufen sich für 2010, 2011, 2012 auf insgesamt 26,4 Mrd. €! Die Gesamtverschuldung des Landes NRW, die 2005 bei der Regierungsübernahme von CDU/FDP rund 106 Mrd. € betrug, steigt so auf rund 150 Mrd. € im Jahre 2013, die der Gemeinden inkl. Kassenkredite liegt bei 38,2 Mrd. €.

Die Zinsausgaben des Landes NRW erhöhen sich somit von 4,7 Mrd. € vom laufenden Jahr 2009 auf ca. 5,9 Mrd. € im Jahre 2013.

Die CDU/FDP Landesregierung beschloss die weitere Einsparung von Personal. Eine der ersten Leidtragenden sind die Bürger, die eine weitere Verschlechterung der öffentlichen Infrastruktur zu ertragen haben. Seit 2005 – der

Regierungsübernahme von CDU/FDP - sind per Saldo 2704 Stellen im öffentlichen Dienst weggefallen. Diese Politik soll auch erklärtermaßen fortgesetzt werden, vermerkt der Finanzbericht nicht ohne Stolz.

Auf Grund der Finanzkrise und der darauf folgenden Entscheidung der Bundesregierung zu einer kurzfristig hohen Ausgabenpolitik zwecks Ankurbelung der Wirtschaft legte sie mehrere Konjunkturpakete auf, die dann auch u.a. an das Land NRW weitergereicht wurden.

Das Zukunftsinvestitionsgesetz des Konjunkturpakets II ermöglicht in den Jahren 2009 und 2010 zusätzliche Investitionen in Höhe von ca. 2,8 Mrd. €. Damit sollen u.a. Kindergärten und Schulen teilweise saniert werden, wobei weiterhin ein massiver zusätzlicher Bedarf bestehen bleibt.

Durch die Absenkung der Investitionspauschalen im Gemeindefinanzierungsgesetz sollen die Gemeinden ab 2012 zudem finanziell herangezogen werden. Sie erhalten dann weniger Geld. Dadurch werden die Finanzprobleme der Kommunen jedoch noch weiter verschärft.

Anstatt durch eine gerechte Steuerpolitik, die die Reichen belastet, für eine dauerhafte und sichere Einnahmeseite zu sorgen, wird hier Politik unsolide, kurzfristig und sprunghaft betrieben.

Die sog. Föderalismusreform II gestattet nur noch dem Bund eine Nettokreditaufnahme von 0,35% des Bruttoinlandprodukts zu, den Ländern ist es nicht mehr gestattet. Ausnahmen sind nur noch unter engen Voraussetzungen möglich. Diese Schuldenbremse ist kontraproduktiv, weil die ungerechte Steuerpolitik noch nicht einmal mehr durch eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme ausgeglichen werden kann. Die Finanzhoheit der Länder wird massiv eingeschränkt, und es gibt für diese nur noch die Möglichkeit bis 2019 von diesen Vorgaben abzuweichen. Wie die Junge Welt am 6.10.09 auf Seite 16 berichtete, befürchtet das gewerkschaftseigene Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung, dass die Düsseldorfer Landesregierung bis 2020 ein Defizit zwischen 4-5 Milliarden € abbauen müsste, und das bei einem Gesamthaushalt von ca. 53 Mrd. €. Für die Ausgaben bedeutet dies, dass sie von 2011-2020 nominell nur noch um 1,4% wachsen dürften. Damit allerdings schrumpfe der Staatssektor deutlich. Dies wiederum könne zu einer weiteren Reduktion der nominellen Steigerung der Ausgaben auf 0,8% führen. Durch die Sparpolitik des Bundes und anderer Länder würde das Wachstum nämlich weiter gedämpft und das Steueraufkommen sinke – ein Teufelskreis.

#### Fazit:

Das Bundesland NRW ist finanziell praktisch handlungsunfähig!  
Mit diesem verheerenden Zustand der NRW-Finzen wird sich DIE LINKE.NRW nicht abfinden.

Diese Finanzpolitik ist unsolide, ungerecht und desaströs. Ihre Fortsetzung bedeutet den faktischen Bankrott der Politik. Die Zerschlagung der öffentlichen Infrastruktur ist die logische Folge, da der Sparzwang Stellenstreichungen erzwingt, Behörden und öffentliche Dienstleistungen ‚kaputtgespart‘ werden.

Darauf haben uns die anderen Parteien bereits kurz vor der Bundestagswahl eingestimmt – unisono – es gab praktisch keine Differenz bei ihnen. Da sie die Unterschichten bereits so weit gedrückt haben, ist auch dort letztlich nicht mehr sehr

viel zu holen. Sie werden es dennoch versuchen. Erste Signale waren bereits zu hören: Die Hartz IV-Sätze sollen weiter gesenkt werden. Aber auch die Reserven der Mittelschichten sind im Visier. Dort sind immer noch insgesamt relativ hohe Reserven anzuzapfen: Eigenheim, Sparbücher, erarbeitete bescheidene Vermögen – all das ist im Visier, über die Steuer- und Abgabepolitik und über steigende Preise.

Daher bleibt es dabei: Die einzig solide Finanzpolitik ist die Umverteilung von Oben nach Unten sowie in die Mitte der Gesellschaft und die Vergesellschaftung monopolistischer Produktionsmittel – wie der Energiekonzerne – sowie die progressive Besteuerung hoher und höchster Einkommen. Wir sind die Partei, die dies formuliert und fordert.

Mit unserem sozialen Steuerkonzept entwerfen wir eine realistische Alternative zur Sanierung der Landesfinanzen. Die Menschen müssen wissen: Wir treten für Steuergerechtigkeit und einen starken Sozialstaat ein. Ohne Umverteilung ist das nicht zu machen. Dafür benötigen wir einen langen Atem und eine kluge Strategie.

In der „Gesamtrechnung Steuerkonzept DIE LINKE für NRW“ und dem Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP Erarbeitung durch Landesarbeitskreis Wirtschaft und Finanzen) sind die Folgen der steuerpolitischen Forderungen unserer Partei und ihre Erträge für das Land NRW berechnet worden.

Steuerart	Betrag	Betrag NRW
Einkommensteuer	-2 Mrd. €	-0,19 Mrd. €
Vermögenssteuer	20 Mrd. €	4,4 Mrd. €
Millionärssteuer	80 Mrd. €	8,8 Mrd. €
Erbschaftssteuer	8 Mrd. €	1,76 Mrd. €
Unternehmensbesteuerung	30 Mrd. €	3,3 Mrd. €
Gemeindewirtschaftssteuer	14 Mrd. €	3,08 Mrd. €
Finanztransaktionssteuer	10 Mrd. €	1,1 Mrd. €
Reform des Steuervollzugs	10 Mrd. €	1,1 Mrd. €
Umsatzsteuerermäßigung	-10 Mrd. €	-0,95 Mrd. €
Gewerbsteuerumlage	-1,19 Mrd. €	

Summe: 160 Mrd. € bundesweit, d.h. 21,21 Mrd. € für NRW

Nach Umrechnung des Steuerkonzeptes der Arbeitsgruppe beim Parteivorstand stünden demnach 21,21 Mrd. € Steuermehreinnahmen für das Land NRW und die Gemeinden zur Verfügung.

## **IX. Wie kann die Finanzsituation des Landes NRW außerdem verbessert werden?**

Neben dem oben erwähnten Zukunftsinvestitionsprogramm käme immerhin schon knapp die Hälfte der durch eine solche Bundessteuerreform für NRW ausgereichten Mittel – ca. 22. Mrd. € - durch die Vergesellschaftung der beiden hochprofitablen Energieriesen RWE und E.ON für die Landesfinanzen herein, nämlich ca. 10 Mrd. € jährlich, wie die Zahlen oben unter Ziffer VII belegen!

Wir benötigen einen Paradigmenwechsel: Konzerne und Großunternehmen sind keine Privatsache, Wirtschaft hat den Menschen zu dienen. Die Wirtschaft und ihre Ertragskraft muss die öffentliche Daseinsvorsorge finanzieren statt als Selbstzweck immer weniger und immer reichere Aktionäre zu mästen, die ihre Spielchen treiben, um sich Mehrheiten in großen Aktiengesellschaften zu sichern (siehe dazu die an feudale Zeiten erinnernde Scharade bei VW/Porsche, bei denen reiche Clans die Neuordnung der Wirtschaft planen). Es wird hohe Zeit, zumindest wieder d e n k b a r zu machen, dass es auch anders geht.

Das uns das bislang lediglich unzureichend oder nur gegen die geballte Medienmacht der Konzernmedien gelingt, spricht nicht gegen diese Forderung. Dass Wirtschaft eine öffentliche Sache sein muss, haben die Neoliberalen in den letzten Jahren verteufelt. Ihre Denkfabriken tun alles, um diese Debatte, die sie fürchten wie der Teufel das Weihwasser, zu verhindern.

Es wird Zeit, diesen Trend umzukehren. Nur die Demokratisierung der Schlüsselindustrien kann die Zerstörung der Demokratie aufhalten. Wenn wir in NRW mit der Vergesellschaftung der Energiekonzerne RWE und E.ON einen Anfang machen könnten, wäre dies schon ein großer Schritt zurück zum Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes und zur Forderung unserer Landesverfassung, welche den Mißbrauch von Monopolmacht verbietet.

Daher plädiere ich auch aus finanzpolitischen und industriepolitischen Gründen für die Enteignung des Essener RWE Konzerns und des Düsseldorfer E.ON Konzerns. Mit dieser Macht im Rücken würde sich das Land NRW wieder finanzpolitisch handlungsfähig machen – die Parallelen zu anderen Ländern sind nicht zufällig. Ein zusammengefasster Energiekonzern aus RWE und E.ON unter dem Dach einer öffentlich-rechtlichen Landesgesellschaft NRW würde einer reformorientierten Landesregierung wieder das geben, was sie durch die rosa-grünen und schwarz-gelben Landesregierungen verloren hat: industriepolitische und finanzpolitische Handlungsfähigkeit!

Selbstredend sollen Großaktionäre nur eine symbolische Entschädigung erhalten – die Enteignung würde sonst keinen Sinn machen. Würde der Staat den Marktwert zahlen, dann wäre ja nur eine weitere Verschuldung die Folge und der Steuerzahler würde zahlen. Gerade das soll ja nicht geschehen. Öffentliche Aktionäre würden selbstredend nicht enteignet, haben sich aber den neuen Vorgaben unterzuordnen. Kleinaktionäre werden marktgerecht entschädigt, wenn sie ihre Aktien zurückverkaufen wollen. Letzteres versteht sich für eine linke Partei eigentlich von selbst.

Übrigens sind die Forderungen unseres Landesverbandes nicht besonders revolutionär: So ging E.ON am 27. September 1999 aus den beiden ehemals staatlichen Holdings VEBA und VIAG hervor. Und auch das RWE besaß zahlreich öffentliche Eigentümer – bis heute haben sich immerhin noch einige öffentliche Aktionäre erhalten, die sich allerdings nur um die Ausschüttung ihrer Dividende kümmern. Vor der Liberalisierung des Strommarktes wurden mit den Gewinnen aus der Energiesparte – damals gab es eine Strompreisaufsicht - viele Aufgaben der Daseinsvorsorge querfinanziert. Das war eine sinnvolle und kluge sozialstaatlich orientierte Politik.

Die Eigentumsfrage stellen wir also nicht zum ersten Mal, lediglich die Forderungen nach mehr Partizipation der Beschäftigten und die Konzentration auf die

Erneuerbaren Energien sind neu. Insofern kann man die mediale Aufgeregtheit nicht ganz nachvollziehen.

Es geht hier nicht vordergründig um ‚Ideologie‘ sondern vor Allem um eine ganz pragmatische Frage. Wollen wir, dass der Staat wieder handeln kann? Oder schauen wir tatenlos zu, wie der öffentliche Dienst immer weiter ausdünn, Behörden dichtgemacht werden, Sozialleistungen gestrichen werden und die gesamte öffentliche Infrastruktur in Scherben fällt, weil er nur noch Schulden verwaltet?

Es geht um eine Richtungsentscheidung, die die Frage betrifft: Wie wollen wir leben? Wollen wir selbst bestimmt und mündig die entscheidenden Fragen der Ökonomie und der Politik als Citoyen wieder in die eigenen Hände nehmen oder uns in einer Art feudaler Herrschaft die Fragen, die Millionen Menschen bewegen, von Top-Managern diktieren lassen?

Die Frage stellen heißt sie beantworten. Es geht tatsächlich um die Macht. Und wir sollten an Tucholsky denken, der über die SPD bereits in der Weimarer Republik spottete: „Sie dachten sie seien an der Macht, dabei waren sie nur an der Regierung“.

Wir sollten diesen Fehler nicht wiederholen. Regierungsbeteiligung lehnen wir nicht grundsätzlich ab, aber nur unter der Bedingung, dass es überhaupt etwas zu regieren gibt! Wenn die öffentlichen Kassen leer sind, gäbe es nicht viel zu regieren außer der Verwaltung des Mangels. Dies wäre politisch nicht attraktiv.

Aber wenn sich eine linke Partei Gedanken macht, wie die öffentlichen Kassen wieder gefüllt werden können – dann kann man unter Umständen über weiteres reden.

Diese Bedingung wäre zum Teil erfüllt, wenn diese beiden Energieriesen durch das Land NRW bzw. durch die Gesellschaft kontrolliert würden.

Wenn nur das Firmenschild wechselt und sich für die Menschen nichts verbessert – das wäre verheerend, würden wir damit doch nur einen weiteren Beleg dafür liefern, das der Staat nichts besser macht und nichts besser kann. Das aber wäre nicht der Sinn der Sache.

Verstaatlichung alleine, d.h. die Änderung der Form der Verwaltung ist allerdings noch keine Voraussetzung für eine ökologische oder soziale Wende. In vielen europäischen Ländern (etwa die Hälfte) ist das Netz staatlich oder weitgehend staatlich kontrolliert ohne dass sich dadurch grundsätzlich etwas ändert, sei es in Form weitestgehender Partizipation der MitarbeiterInnen oder weitreichender Arbeitszeitverkürzung in diesen staatlichen Unternehmen.

Auch Teile der Wissenschaft plädieren für eine am Gemeinwohl orientierten Lösung. So befürwortet Prof. Bontrup von der FH Gelsenkirchen eine staatliche Lösung für die Netze. Er „stellt grundsätzlich in Frage, ob Wettbewerb in energiepolitischen Fragen überhaupt das richtige Steuerungsinstrument“ ist. Für ihn ist Energie zu wichtig, als „das man dies über Wettbewerb aussteuern kann“, argumentierte er in der Zeitschrift Neue Energie Juni 08.

Regierungsbildung oder die Unterstützung von Mehrheiten ist sinnvoll, wenn dann *unmittelbar und sofortige* Erfolge für die Menschen durch einen radikalen Politikwechsel sichtbar werden. Im Energiebereich wäre dies schon der Fall, wenn

durch öffentlich-rechtliche Kontrolle die Energiepreise stabil bleiben oder tendenziell sinken und wir mit einem öffentlichen Netz einen starken Schub für die Erneuerbaren gäben. Für die Beschäftigten in diesen vergesellschafteten Betrieben muss es weitreichende Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich geben. Für die VerbraucherInnen muss es sozial gerechte Strom- und Energiepreise geben. Für den Umweltschutz muss es eine Abkehr von den fossilen Energien und eine Hinwendung zu den Erneuerbaren Energien geben. Das Hauptziel einer Vergesellschaftung sind unmittelbare materielle Verbesserungen der Menschen durch diese Maßnahme.

Die Überlegung, RWE und E.ON zu vergesellschaften und damit den Steuerzahler zu bereichern statt wie bei bankrotten Banken die Aktionäre, ist somit von zentraler und weitreichender Bedeutung.

Die Forderung nach Vergesellschaftung der Energiekonzerne wird regelmäßig von deutlichen Mehrheiten der Bevölkerung unterstützt. Sie ist in ihrer weiterreichenden Bedeutung auch ein Plädoyer für einen Richtungswechsel zu einem System, in dem die Wirtschaft demokratisch organisiert wird. Die Privatisierung weiterer Lebensbereiche bis hin zur Gesetzgebung ist ein Weg in die totalitäre Herrschaft der multinationalen Konzerne und ihrer Verbündeten in den bürgerlichen Parteien. Dies richtet sich gegen die Volkssouveränität und gegen die seit der französischen Revolution entwickelte Gewaltenteilung. Wir sollten dagegenhalten.

Die Forderung nach Vergesellschaftung der beiden Energieriesen ist trotz ihrer scheinbaren Radikalität eigentlich nur ein Plädoyer für den Ausbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Und es findet seine Stütze in der NRW-Landesverfassung, in der es u.a. heißt:

#### Artikel 27

(1) Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden.

(2) Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen, sind zu verbieten.

#### **Die Vergesellschaftung kann dreistufig erfolgen:**

- in einem ersten Schritt muss es Strom- bzw. Energiepreiskontrollen geben, dazu unterstützt DIE LINKE.NRW entsprechende Bundesratsinitiativen.
- in einem zweiten Schritt werden die Energienetze von RWE und E.ON in Gemeineigentum überführt und in eine eigenständige Institution überführt. Ihr Hauptziel ist die Versorgung der Bevölkerung mit preiswerter Energie und die Förderung Erneuerbarer Energien. Beaufsichtigt wird das Energienetz durch das Land NRW, die Kommunen, VertreterInnen aus Gewerkschaften, Handwerk, Wissenschaft und Umweltbewegung.
- in einem dritten Schritt werden beide Konzerne in Gemeineigentum überführt. Alle Maßnahmen der nordrhein-westfälischen öffentlich-rechtlichen Betreibergesellschaft dienen der Versorgung der Bevölkerung mit preiswerter Energie, der Sicherung der Arbeitsplätze, der Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich bei gleichzeitiger Schaffung neuer Arbeitsplätze und der

## **X. Energiepolitik ist zugleich Sozialpolitik, Umweltpolitik und Wirtschaftspolitik**

Von folgenden Zielen sollten wir uns bei der Debatte leiten lassen: (Die Liste ist naturgemäß nicht vollständig):

### **1. Sozialpolitische Ziele:**

- Sicherung des Energiebezugs für alle Bevölkerungsgruppen, insbesondere im unteren Einkommensbereich.
- Sicherung von niedrigen Preisen im Grundbereich für alle Menschen bzw. VerbraucherInnen, wir müssen uns von der Mär verabschieden, dass hohe Energiepreise zum Einsparen beitragen. Diese These dient nur der Spaltung der Umwelt- und sozialen Bewegung in der Frage der Vergesellschaftung der Energiekonzerne und der Netze. Sie spaltet ‚Umweltschützer und Malocher‘.
- Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze und Schaffung von neuen Arbeitsplätzen durch Arbeitszeitverkürzung in diesem neuen gemeinnützigen Unternehmen.

### **2. Umweltpolitische Ziele**

- Umsteuerung der gesamten Energieproduktion, zugleich Verminderung des Energie- und Ressourcenverbrauchs durch aktive Förderung der ‚erneuerbaren Energien‘ wie Wind, Sonne, Biogas pp.
- Verminderung der Emissionen von Luftschadstoffen, bei Kohlekraftwerken Schwermetalle wie Cadmium, Quecksilber, auch Feinstäube pp., bei Atomkraftwerken radioaktive Emissionen
- Verminderung der Emissionen von Treibhausgasen, insbesondere CO<sup>2</sup>
- Verminderung des Flächenverbrauchs durch Großkraftwerke

### **3. Wirtschaftspolitische Ziele**

- Bekämpfung der Teuerung/Inflation – erster Schritt Energiepreiskontrollen
- Aufbau eines dauerhaft funktionsfähigen und nachhaltigen öffentlich-rechtlichen/genossenschaftlichen Energieproduktions- und Verteilungssystems.
- langfristig: Strom soll keine Ware mehr sein, damit wird der Zwang, ihn verkaufen zu müssen, aufgehoben.

- Begünstigung regionaler Wirtschaftskreisläufe, Wertschöpfung in kleinen räumlichen Einheiten: Geld bleibt ‚vor Ort‘.
- Erhöhung der Gewerbesteuereinnahmen für die Gemeinden durch Ausbau der ‚Erneuerbaren‘: Bundesverband Windenergie errechnet bei einem progressiven Ausbauszenario im Jahre 2015 ca. 100 Mio. € an Gewerbesteuereinnahmen für die NRW Gemeinden bei Windenergie.
- Schaffung neuer und tariflich gut entlohnter Arbeitsplätze im Bereich der ‚Erneuerbaren Energien‘. In NRW gibt es mit Stand 2006 ca. 18500 Arbeitsplätze bei den ‚Erneuerbaren‘. Dies kann deutlich ausgebaut werden. Die Vergesellschaftung der Energiekonzerne kann der Startschuss sein für eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich im Energiesektor.
- Sicherung der Investitionen in die Stromnetze: Nicht ohne Grund kritisiert die Bundesnetzagentur die mangelnden Investitionen/Modernisierungen in die Netze.
- Großkraftwerksvermeidende und dezentrale Einheiten begünstigende Raumordnungs- und Infrastrukturpolitik
- Verkehrsvermeidung, z.B. Transport von Importkohle, Uran.
- Aufbau einer flächensparenden und den Nahbereich begünstigenden Infrastruktur

Und im Übrigen ist das beste Argument für die Vergesellschaftung immer noch die Vergesellschaftung selbst. Letztlich ist es eine ordnungspolitische Frage, eine Frage wie wir leben wollen.

Seien wir Realisten, versuchen wir das Unmögliche.

Michael Aggelidis,

Energiepolitischer Sprecher Landesvorstand NRW DIE LINKE